

Antrag

der Abgeordneten Freimut Duve, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Josef Vosen, Robert Antretter, Rudolf Bindig, Dr. Eberhard Brecht, Norbert Gansel, Walter Kolbow, Dr. Elke Leonhard, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Dieter Schlöten, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Förderung unabhängiger Medien in Bosnien-Herzegowina

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Abkommen von Dayton haben die Unterzeichnerstaaten sich verpflichtet, einen Beitrag für den Friedensprozeß im ehemaligen Jugoslawien zu leisten. Zu diesem schwierigen und langwierigen Weg, zum Wiederaufbau von Politik, Verwaltung, Infrastruktur, Wirtschaft und gesellschaftlichen Institutionen gehört auch der Aufbau unabhängiger Informationsmedien – zumal dieser Krieg nicht allein von militärischen Waffen, sondern auch von den Waffen der Haßpropaganda geprägt war.

Die freie Berichterstattung, die zivile Kontrolle der Macht durch freie Medien, ist stets ein wesentliches Element für den Aufbau der zivilen Gesellschaft. Sie ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für die von der OSZE vorbereiteten Wahlen und für die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft beim Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im Rahmen des Peace Implementation Council (PIC) für die Einrichtung einer unabhängigen Fernsehstation für Bosnien-Herzegowina einzusetzen, die ein landesweites Programm produziert, das sich am Aufbau der zivilen Gesellschaft orientiert. Für einen Übergangszeitraum sollte die Unabhängigkeit dieses Senders durch die Aufsicht der mit dem Dayton-Abkommen eingesetzten Menschenrechtskommission gewährleistet werden;
2. die Initiative dafür zu ergreifen, daß die Schaffung weiterer unabhängiger TV-Sender, Radiostationen, Wochenzeitungen und Tagespresse in Bosnien-Herzegowina durch die internationalen und bilateralen Wiederaufbauprogramme verstärkt gefördert wird, z. B. im Rahmen der UNESCO, der EU-Kommission, des Europarates, der OSZE und der politischen Stiftungen in Deutschland;

3. die Initiative der Deutschen Welle und anderer Auslandsdienste für den Aufbau eines übernationalen Informationsprogramms zu unterstützen, das kurzfristig die Aufgabe erhält, im Rahmen des Dayton-Prozesses die Demokratisierung zu fördern;
4. das bereits vom Europarat unterstützte Projekt des „Alternativen Informationsnetzwerks“ (AIM) auch durch bilaterale Hilfe zu fördern;
5. sich in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, daß die zuständigen Sonderberichterstatter – für das ehemalige Jugoslawien sowie für Meinungs- und Redefreiheit – die Situation der unabhängigen Medien kontinuierlich beobachten;
6. in Deutschland selbst die finanziellen Mittel für einen Informationsdienst bereitzustellen, der die Bürgerkriegsflüchtlinge mit Sachinformationen in deren Heimatsprache versorgt.

Bonn, den 13. März 1996

Freimut Duve
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Josef Vosen
Robert Antretter
Rudolf Bindig
Dr. Eberhard Brecht
Norbert Gansel
Walter Kolbow
Dr. Elke Leonhard
Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)
Dieter Schloten
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Die Nachkriegserfahrungen der Deutschen nach 1945 haben sehr eindrucksvoll belegt, daß der Aufbau der pluralistischen Demokratie ein zentraler Bestandteil des Friedens sein muß. Die Umsetzung des Dayton-Abkommens hat zwar zur Beendigung der Kriegshandlungen in Bosnien-Herzegowina geführt, doch wird der Friedensprozeß sich voraussichtlich noch über mehrere Jahre erstrecken.

Jüngste Vorkommnisse in allen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien belegen, wie repressiv das Führungspersonal des Krieges mit den Medien des Friedens umzugehen gewillt ist. Die Arbeit der internationalen Gemeinschaft darf nicht durch autoritäre Medienkontrolle gefährdet werden.

Bereits 1993 war von der Europäischen Union die Initiative für ein übernationales Informationsprogramm ergriffen worden, die jedoch scheiterte. Jetzt sollte die Bundesregierung erneut initiativ werden, um der Deutschen Welle und den ihr befreundeten Sendern in Großbritannien und Frankreich bei einem solchen Vorhaben zu helfen.